

[19.06.2009]

Ermittlungen wegen Gemeindeschule Espeler

Fiktiver Wohnsitzwechsel: Akte bei Kriminalpolizei

Espeler/Eupen

In der seit Monaten andauernden Saga um die Aufrechterhaltungsnorm der Primarschule in Espeler gibt es noch keine Neuigkeiten. Die Staatsanwaltschaft von Eupen hatte am 30. Oktober 2008 ein Ermittlungsverfahren im Hinblick auf einen fiktiven Wohnsitzwechsel eingeleitet, jedoch wurde die diesbezügliche Akte immer noch nicht an sie gesandt, wie der Prokurator des Königs, Rolf Lennertz, gestern auf Anfrage gegenüber dem Grenz-Echo erklärte.



In der Saga um die Aufrechterhaltungsnorm der Primarschule in Espeler (Foto) gibt es noch keine Neuigkeiten.

 Größeres Bild

»Ich kann nur sagen, dass die Akte nach wie vor bei der föderalen Kriminalpolizei liegt, die noch mit den Ermittlungen beschäftigt ist«, so Lennertz. Dabei würden auch noch eine Reihe von möglichen Zeugen verhört. Aus diesem Grund könne die Staatsanwaltschaft auch noch nicht entscheiden, wie es nun weitergehe, beispielsweise, ob ein Strafverfahren eingeleitet werden soll oder nicht. Hintergrund dieser Geschichte ist die Aufrechterhaltungsnorm von zwölf Schülern an der Primarschule in Espeler.

Die Einrichtung hätte zu Beginn des fast abgeschlossenen Schuljahrs geschlossen werden müssen, wenn es nicht kurz vor dem 30. September zu einem unerwarteten Bevölkerungszuwachs in Espeler gekommen wäre.

Doch bereits wenige Wochen nach dem Stichtag vom 30. September - am 4. November - wurde besagter Wohnsitzwechsel wieder rückgängig gemacht. In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Burg-Reuland am 13. November - nachdem also erwähnter Wohnsitzwechsel bereits wieder rückgängig gemacht worden war - hatte sich das Gemeindegremium gegen Vorwürfe gewehrt, es habe einen solchen fiktiven Wohnsitzwechsel gegeben. Die Geschichte war im Dezember 2008 auch Thema im Parlament der DG. Damals hatte Unterrichtsminister Oliver Paasch deutlich gemacht, dass die DG-Regierung die Sache nicht auf sich beruhen lasse: »Sollte dabei nämlich ein Gesetzesverstoß festgestellt werden, wird die Regierung das Ganze jedenfalls nicht auf sich beruhen lassen; weil wir nicht hinnehmen können und nicht hinnehmen werden, dass Gesetze gebrochen werden«, sagte Paasch.(sc)